



Protokoll Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat
21. März 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Protokollführer Christoph Meier

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Dammertüchtigung Rheinhochwasserdamm (RHWD) XXV (25)
„Knielinger See“ mit Variantenentscheidung

Herr Teege (RP) stellt die 3 überprüften Varianten für das Projekt vor und begründet die Entscheidung des RP für Variante 1 (Sanierung des Damms auf der bestehenden Trasse).

Die Vorsitzende dankt für den Bericht und bittet um Wortmeldungen.

Frau Rastetter (Grüne) führt aus, dass sie die Entscheidung und auch die dahingehende Begründung für Variante 1 im Hinblick auf Kosten, Eingriffe und technische Voraussetzungen als nachvollziehbar erachtet. Jedoch gibt sie zu bedenken, dass das Ziel Hochwasserschutz durch Renaturierung der Rheinaue in weitere Ferne gerückt ist. Nach ihrer Einschätzung wird die nächsten 50 bis 60 Jahre keine Wiederherstellung der Rheinaue im Sinne der Biodiversität erfolgen. Dies nimmt sie als sehr bedauerlich wahr, da aus naturschutzfachlicher Sicht die Varianten 2 und 3 als sinnvoller zu erachten sind. Abschließend stellte sie noch die Frage, ob mögliche Bundeszuschüsse in der Gegenüberstellung der Kosten bereits berücksichtigt wurden.

Herr Weinrebe (Naturschutzbeirat) betont die durchweg und über den gesamten Zeitraum des Projektes gute Kommunikation mit allen Beteiligten und bedankt sich hierfür. Auch seiner Einschätzung nach ist die Entscheidung für Variante 1 nachvollziehbar.

Herr Bossert (Naturschutzbeirat) regt die Anknüpfung der Thematik im Begleitkreis an und schlägt vor, einzelne Maßnahmen zu überprüfen, um bestehenden Schwierigkeiten entgegenzuwirken. Hier führte er insbesondere die Problematik des niedrigen Grundwasserspiegels an. Hierbei wäre zu prüfen, ob Einzelmaßnahmen, die geeignet sind, den Grundwasserspiegel anzuheben, in das Vorhaben integriert werden könnten.

Herr Teege (RP) geht zunächst auf die Frage der Bundeszuschüsse ein. Bei der Kostengegenüberstellung wurden mögliche Zuschüsse nicht eingepreist. Der Faktor Kosten wurde bei der Gesamtschau der Kriterien auch nicht als ausschlaggebend wahrgenommen. Weitere Gesichtspunkte der Entscheidung wie der erheblich höhere Aufwand im Bezug auf Hydraulik (Grundwasser) und Naturschutz bei der Umsetzung von Variante 2 und 3 waren stärker zu gewichten.

Das ursprüngliche Ziel der Planung war die Renaturierung der Rheinaue. Hier wurde der Vorhabenträger vom Ministerium angehalten genau zu prüfen, inwieweit dies umsetzbar ist. In der Gesamtschau der Thematik und auf lange Sicht entpuppte sich dies als nicht realisierbar. Auf die Eingabe der Berücksichtigung von Einzelmaßnahmen, die beispielsweise der Absenkung des Grundwasserspiegels entgegenwirken, können in den Planungen zu Variante 1 nicht vollumfänglich aufgenommen werden. Dessen ungeachtet werde man diesbezügliche Anregungen berücksichtigen. Allerdings verweist er auf ein altes Grabensystem im Naturschutzgebiet Burgau, das bei Instandsetzung erhebliches Potential für die Sicherung der Grundwasserversorgung der Stadt bestünde. Abschließend bedankte er sich für das Lob bezüglich der reibungslosen Zusammenarbeit und Kommunikation.

Die Vorsitzende stellt fest, dass es keine Wortmeldungen oder weiteren Aussprachebedarf gibt und stellt fest, dass grundsätzlich Konsens bezüglich der Entscheidung besteht.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Christoph Meier (ZJD)
Protokollführer